

Protokoll

Öffentliche Informationsveranstaltung zur Entwicklung des Spreuefers in der Nördlichen Luisenstadt

Ort: Evangelische Schule Berlin Zentrum, FORUM, Wallstraße 32, 10179 Berlin

Zeit: 01. Juli 2014, 18:30 Uhr bis 20:45 Uhr

Teilnehmer: ca. 100 Personen (inkl. Podium)

Podium: Herr Spallek, Stadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung
Herr Dittrich, Bezirksamt Mitte, Straßen- und Grünflächenamt, Kommunales Planungs- und Verkehrsmanagement
Herr Hinz, Bezirksamt Mitte, Sanierungsverwaltungsstelle
Herr Bachmann, Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP), Gebietsbetreuung Nördliche Luisenstadt

Moderation: Herr Preuß, KoSP, Gebietsbetreuung Nördliche Luisenstadt

-
- | | |
|--------------|---|
| TOP 1 | Begrüßung und Einleitung |
| TOP 2 | Ausgangssituation, Leitlinien, Planungsstand, Verfahrensschritte |
| TOP 3 | Rückfragerunde zu Top 2 |
| TOP 4 | Verfahrensvorschlag zur Bürgerbeteiligung |
| TOP 5 | Diskussionsrunde |
| TOP 6 | Fazit und Ausblick |

TOP 1 Begrüßung und Einleitung

Herr Preuß eröffnet die Veranstaltung, begrüßt die Anwesenden und bedankt sich bei der Evangelischen Schule für die Unterstützung der Veranstaltung. Er stellt den Veranstaltungsablauf, das Podium und die anwesenden Akteure vor.

Herr Baustadtrat Spallek begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für ihre Teilnahme. Er unterstreicht die Bedeutung der Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Bürgerbeteiligung und betont, dass man erst am Anfang des Verfahrens steht und bisher lediglich ein rechtlicher Rahmen feststeht (Leitplanken), der heute vorgestellt wird. Aus diesem Rahmen möchte er gemeinsam mit allen Anwesenden das weitere Verfahren bestimmen.

Ein Antrag für das Aufnehmen weiterer Tagesordnungspunkte (Immobilienpekulationen in der Nördlichen Luisenstadt) wird abgelehnt, da die zur Verfügung stehende Zeit für die ursprüngli-

chen Tagesordnungspunkte benötigt wird. Neue Themenblöcke müssen auf weitere Veranstaltungen verschoben werden.

TOP 2 Ausgangssituation, Leitlinien, Planungsstand, Verfahrensschritte

Im Folgenden stellt Herr Bachmann (KoSP) die Ausgangssituation, die Leitlinien, den Planungsstand und die Verfahrensschritte zum Spreeuferbereich in der Nördlichen Luisenstadt vor.

Ausgangssituation

Geplant ist ein durchgehender Uferweg an der Spree durch ganz Berlin. Nach einer räumlichen Einordnung (Uferbereich zwischen Inselbrücke und Schillingbrücke), stellt Herr Bachmann bisherige Planungen und Maßnahmen vor. Bereits Anfang der 90er-Jahre gab es Bestrebungen des Bezirkes, im Bereich des Holzuferblocks einen öffentlichen Uferzugang einzurichten (Swing-Konzept). Die Idee wurde teilweise umgesetzt (Brückenstr. 6, Paula-Thiede-Ufer, Rungestr. 20, HKW Mitte). Folgende grundlegende Herausforderungen müssen für einen durchgehend öffentlich zugänglichen Spreeuferbereich jedoch noch bewältigt werden:

- Erwerb einzelner Grundstücke, um einen durchgängigen Weg zu ermöglichen
- Uferanlagen der Fahrgastschiffahrt (Märkisches Ufer) müssen an stark zunehmende Nachfrage / Nutzung angepasst werden (z.B. Aufheben der Barrieren)
- Uferbefestigungen sind teilweise vernachlässigt und instandsetzungsbedürftig; Untersuchungen sollen den genauen Handlungsbedarf ermitteln

Leitlinien

- Orientierung der Luisenstadt zum Wasser
- Erschließung und Nutzung des Spreeufers für die Öffentlichkeit

Ziele

- 10 bis 20 Meter breite, unbebaute, öffentliche Uferzone
- durchgehender Uferweg für Fuß- und Fahrradverkehr als Kernelement
- Angebote für Bewegung, Aufenthalt, Erholung und Kommunikation
- Möglichkeiten zur Mitbenutzung und Pflegepatenschaften durch die Anlieger
- neue Wegeverbindungen zwischen Stadtquartier und Spreeufer
- „Grünes Band“ am Spreeufer (Grünzugverknüpfungen)
- Bezüge zwischen Freiraumnutzung und baulicher Nutzung (belebtes Spreeufer)
- Verknüpfung der Uferabschnitte zwischen Mitte und Kreuzberg
- Verbindung Klosterviertel mit Märkischem Museum/Köllnischer Park
- Aufwertung Schiffsanlegestellen Märkisches Ufer (insb. Barrierefreiheit)
- Autofreie Spreeuferwege (Ausnahmen: Zugang für Rettungs- und Wartungsfahrzeuge; verkehrsberuhigte Erschließung zur Eisfabrik)

Planungsstand

- „Stichstraße“ (neuer Name: Wilhelmine-Gemberg-Weg) zwischen Hochtief und DAZ schon im Bau
 - Durchwegung von Köpenicker Straße zum Spreeufer
 - Als verkehrsberuhigter Bereich (wenig Parkplätze; ab Wendekreis Durchgang zur Spree nur für Fußgänger und Radfahrer)
 - Hauptbaumaßnahmen finden 2014/15 statt
- Konkrete Freiraumplanung muss noch entwickelt werden; Rahmenbedingungen sind:
 - Uferweg durchgängig geführt, befestigt und beleuchtet
 - Ausreichende Breite (ca. 4-5 Meter bei kombinierter Führung Fuß- und Radweg)
 - Barrierefreie Zugänge und sichere Wegeanschlüsse zu Straßen
 - Verwendung gängiger und durchgängiger Oberflächenmaterialien (z. B. Asphalt)
 - Belastbarkeit auch für Rettungs- und Wartungsfahrzeuge
 - Angebot von Fahrradbügeln und Abstellanlagen
 - Sorgfältige Zonierung von Fahrwegen und angrenzende Nutzungen, um Behinderungen und Gefährdungssituationen zu vermeiden

Weitere Verfahrensschritte

- Erweiterte Grundlagenermittlung
 - amtliche Vermessung (Vermessungsplan)
 - Umweltbericht
 - Untersuchung Baugrund, Leitungssituation
 - Untersuchung Uferbestigung
- Kostenplanung & Finanzierung
 - geschätzte ca. 7 Mio. Euro Herstellungskosten zzgl. 3 Mio. Euro für Waisenbrücke (Stand 2013)
 - Klärung der Finanzierungs- und Förderungsoptionen: Prüfung der Beantragung von Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA-Mittel)
- Planungsrecht, Flächensicherung
 - Fortführung der Bebauungspläne I-32aa und I-81
 - Abschluss städtebaulicher Verträge mit Privateigentümern
 - Grunderwerb privater Uferflächen durch Berlin
- Bürgerbeteiligung
 - siehe TOP 4

Herr Granow (Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes Mitte) stellt zwei laufende Bebauungsplanverfahren zu künftig öffentlich genutzten Uferflächen vor. Die Planentwürfe für die Bebauungspläne I-32aa „Holzufer“ und I-81 „Spreepromenade“ sind auf den Seiten des Bezirksamtes oder im Stadtplanungsamt in der Müllerstraße 146, 1. OG, Raum 169 einsehbar. Stellungnahmen können im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung noch bis 23.07.2014 online oder vor Ort abgegeben werden.

TOP 3 Rückfragerunde zu Top 2

(Anmerkung: Die Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum und die entsprechenden Antworten sind zur besseren Übersichtlichkeit thematisch zusammengefasst und entsprechen damit nicht der chronologischen Reihenfolge.)

Organisatorisches / Verfahren

Anmerkungen der Bürger:

- Senat sollte zuständig sein und nicht die Bezirke, da es sich um ein übergeordnetes Ziel des Landes handelt.
- Kann es passieren, dass man vom Ziel des durchgängigen Uferweges absieht, weil es zu viele Schwierigkeiten gibt?
- Können EU-Mittel für die Maßnahmen akquiriert werden?
- Weshalb gibt es ein beschleunigtes Verfahren? Wie lange wird das Verfahren dauern? Sind eigenverantwortete Lösungen der Anlieger möglich?
- Wie werden die Aktivitäten zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und anderen Beteiligten koordiniert?
- Weshalb wurde die Bebauung des Spreefeldes genehmigt, obwohl die übergeordnete Zielstellung des durchgängigen Uferweges bekannt war?

Antwort Herr Spallek: Dass die Zuständigkeit bei den Bezirken liegt und nicht bei der Senatsverwaltung ist gut, weil man als Bezirk näher dran ist und mehr Einsichten hat. Durch die übergeordnete Zielstellung ist es möglich, durch Sanierungsmittel des Landes handlungsfähig zu bleiben. Wenn das Ziel des durchgängigen Uferweges auch der Wunsch der Bürger ist und sich dieser durch festgesetzte Bebauungspläne manifestiert und auf deren Grundlage Grundstücke erworben werden können, wird von dem Ziel nicht abgewichen. Die genannten GA-Mittel zur Finanzierung der Maßnahmen bestehen zu 90 % aus Bundes- und EU-Mitteln. Das Bebauungsplanverfahren wird beschleunigt, weil es schnell voran gehen soll und der Bezirk Rechtssicherheit für die weitere Planung erlangen möchte. Die Gesamtdauer des Verfahrens hängt vor allem von dem Erwerb der notwendigen Grundstücke ab. Provisorische Lösungen werden nicht angestrebt, weil sie doppelte Arbeit und Kosten bedeuten und durch den Verfahrensfortschritt nicht notwendig sind.

Antwort Herr Bachmann: Die Senatsverwaltung ist ständig in die Koordinierung der Aktivitäten des Bezirkes eingebunden. Durch unterschiedliche Zuständigkeiten gibt es hohen Abstimmungsbedarf, weshalb sich alle Beteiligten regelmäßig treffen. Bei der Uferplanung im Bereich des Spreefeld-Areals ist das Bootshaus in den städtebaulichen Verträgen mit dem Bezirksamt ausgeklammert. Hinter dem Bootshaus Richtung DAZ gibt es noch Möglichkeiten, den Uferweg entlangzuführen.

Maßnahmen

Anmerkungen der Bürger:

- Was sind Pflegepatenschaften und wie können diese aussehen?
- Lässt sich großflächige (Licht)werbung im Uferbereich verhindern?
- Asphaltierte Wege, die für Rettungsfahrzeuge notwendig sind, zerstören den Charakter und das Ziel der Planungen.
- Wie kann es einen Fuß- und Fahrradweg unter der Jannowitzbrücke geben, obwohl die Straße so stark befahren ist und die vorhandenen Bäume Bestandsschutz besitzen?
- Wie wird in der Stichstraße mit den parkenden Autos umgegangen? Wird es weitere Zuwege zum Uferbereich geben?
- Gibt es Planungen für Renaturierungsmaßnahmen im Uferbereich?
- Welche Folgen werden durch die Wassereinleitung und -ausleitung erwartet?

Antwort Herr Spallek: Für Pflegepatenschaften sind sehr viele Dinge vorstellbar, beispielsweise eine Verpflichtung der Pflege von Grünflächen oder von Parkbänken in Zusammenarbeit mit dem Grünflächenamt. Großflächige Werbung ist an der entsprechenden Stelle kaum vorstellbar, da es den Belangen des Denkmalschutzes entgegensteht. Nicht die ganze Wegbreite muss für Rettungsfahrzeuge asphaltiert sein.

Antwort Herr Dittrich: Eine Unterführung unter der Jannowitzbrücke für Fahrräder ist zweitrangig. Wichtig ist zunächst einmal, Verbindungen herzustellen. Die Planungen werden aber noch konkretisiert. Die Anlieger der „Stichstraße“ wollten ein möglichst autofreies Gelände. Die „Stichstraße“ wird als verkehrsberuhigter Bereich mit gemeinsamer Verkehrsfläche angelegt. Es werden wenige Stellplätze abmarkiert. Zurzeit parken dort viele Anlieger der Baustellen. Nach Fertigstellung der „Stichstraße“ muss das Ordnungsamt gegen ordnungswidriges Parken vorgehen.

Antwort Herr Bachmann: Das Thema Ökologie und Spreeufergestaltung ist sehr interessant und sollte im weiteren Verfahren (siehe TOP 4 & 5) vertieft werden. Auswirkungen der unterirdischen Leitungssituation und weiterer Handlungsbedarf bei der Uferbefestigung werden durch genauere Untersuchungen im ermittelt.

TOP 4 Verfahrensvorschlag zur Bürgerbeteiligung

Herr Bachmann stellt einen Vorschlag zur Bürgerbeteiligung beim weiteren Verfahren vor. Die Idee ist ein mehrstufiges Verfahren, unter Einbezug der Wünsche und Vorstellungen der Bürger und Anlieger.

1. Phase: Ideensammlung über Internetforum

- Ideen und Anregungen zur Gestaltung und zum Verfahren werden gesammelt
- Start: nach den Ferien; Dauer: ca. 4 Wochen; bei guter Beteiligung zweite Phase denkbar

- Eingebettet in Webseite (www.luisenstadt-mitte.de); Zugangsschwelle soll sehr niedrig sein
- Beiträge können auch per Post oder Mail an das Koordinationsbüro eingereicht werden
- Das Koordinationsbüro filtert Schwerpunktthemen und –räume heraus und informiert darüber (Forum, Webseite, Stadtteilzeitung „ecke köpenicker“)

2. Phase: Workshops

- Identifizierte Schwerpunktthemen und –räume sollen vertieft werden
- Einbezogen werden dabei die noch zu erstellenden Gutachten sowie bei Notwendigkeit externe Fachleute
- Wie die Workshops aussehen sollen, kann auch in der ersten Phase vorgeschlagen werden
- Geplant ab Anfang 2015

3. Phase: Gestaltungswettbewerb

- freiraumplanerischer Wettbewerb auf Grundlage der Workshopergebnisse
- Vorteil eines Wettbewerbes ist die Vielzahl an Lösungsvorschlägen
- Betroffenenvertretung soll an Verfahren beteiligt sein (z.B. als Sachverständige)
- Geplant bis Mitte 2016

4. Phase: Vorstellung und Erörterung der Ergebnisse

- Geplant ab Mitte 2016

TOP 5 **Diskussionsrunde**

Anmerkungen der Bürger:

- Ist es möglich, eine gemeinsame Begehung des Gebietes durchzuführen, damit eine Beteiligung gewinnbringender wird?
- Man soll unbedingt auch Kinder und Jugendliche gezielt in die Beteiligung einbeziehen.
- Weshalb macht man nicht erst einen Gestaltungsentwurf und dann einen Bebauungsplan?
- Wie lässt sich die Umsetzung des Bürgerwillens sicherstellen? Kann gewährleistet werden, dass die TeePeelLand-Bewohner einbezogen werden?
- Können ausreichend große Räume für die Workshops bereitgestellt werden? Lassen sich die Workshops im Plangebiet durchführen?
- Wie ist der Sanierungsbedarf der am Uferweg liegenden Brücken? Kann es sein, dass durch notwendige Sanierungsarbeiten/Neubaumaßnahmen an Brücken die Arbeiten zum Uferweg wieder zerstört werden?

Antwort Herr Spallek: Die gemeinsame Begehung ist eine gute Idee und sollte umgesetzt werden. Der Einbezug von Kindern und Jugendlichen ist erprobt und soll durchgeführt werden. Gestaltungsplanung und Bebauungsplanung verlaufen parallel, da man die Bebauungsplanung für die Flächensicherung braucht, aber nicht zu viel Zeit verlieren möchte. Man kann nicht ver-

sprechen, dass alle Ideen der Bürger umgesetzt werden. Ziel ist diese so früh wie möglich einzubeziehen, weil man auf keine Idee verzichten und die Akzeptanz sicherstellen möchte.

Antwort Frau Krone (Vattenfall, aus dem Publikum): Vattenfall stellt gerne Räumlichkeiten für die Durchführung von mindestens einem Workshop zur Verfügung.

Antwort Herr Dittrich: Die Brücken sind in einem guten Zustand und nicht sanierungsbedürftig, da sie in den letzten Jahren bereits saniert wurden. Für die Waisenbrücke muss zunächst die Finanzierung geklärt werden.

Antwort Herr Bachmann: KoSP kümmert sich in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt um ausreichend große Räume für die Workshops und die gemeinsame Begehung. Alle notwendigen Informationen für eine Beteiligung (Termine, Gutachterergebnisse, rechtlicher Rahmen etc.) werden auf der Webseite zum Sanierungsgebiet Luisenstadt und über den Verteiler bekanntgegeben.

TOP 6 Fazit und Ausblick

Herr Preuß dankt für die Beteiligung der Anwesenden und fasst das weitere Vorgehen zusammen. Die gemeinsame Begehung wird terminiert und bekanntgemacht. Für die aktuellen Bebauungsplanverfahren gibt es die Möglichkeit der frühzeitigen Beteiligung noch bis zum 23.07.2014. Bei der weiteren inhaltlichen Ausgestaltung des Spreeuferweges gibt es dagegen einen weniger engen zeitlichen Rahmen. Alle neuen Informationen werden über die Internetseite und den Mailverteiler bekanntgegeben.

Zum Schluss bedankt sich Herr Spallek bei den Anwesenden für die konstruktiven Diskussionsbeiträge, das Feedback zum Verfahrensvorschlag und die insgesamt positive Rückmeldung. Er freut sich auf das weitere Verfahren und die damit einhergehende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Koordinationsbüro
Berlin, 24. Juli 2014

Verteiler:

lt. Teilnehmerliste und Info-Verteiler Nördliche Luisenstadt

Anlage:

Power Point-Vortrag der KoSP